

BERUFLICHE WEITERBILDUNG

Der Kanton als Billigdiscounter

Kantonale Berufsschulen bieten IT-Weiterbildung zu Billigtarifen an und setzen private IT-Weiterbildner unter Druck. VON BERTRAM LATZER



BILD: EB ZÜRICH

Mit Dumpingpreisen setzen kantonale Berufsschulen wie die EB Zürich private IT-Bildungsanbieter unter Druck.

› Seit vergangem Jahr ist das neue eidgenössische Berufsbildungsgesetz in Kraft. Diesem zufolge müssten die öffentlichen Anbieter in jenen Weiterbildungsbereichen, in denen sie in direkter Konkurrenz zu privaten, nicht subventionierten Institutionen stehen, für ihre Dienstleistungen marktgerechte Preise verlangen. In weiten Teilen der Schweiz sind die weiterbildenden Berufsschulen von dieser Anforderung allerdings noch weit entfernt. Ein Preisvergleich etwa im Kanton Zürich legt offen, dass Anwenderkurse für Power Point bei der EB Zürich drei Mal billiger sind als bei der Migros Klubschule und gleich fünf Mal billiger als bei der privaten Computerschule Digicom Academy.

Dabei gilt die EB Zürich quasi als kantonales Paradiespferd in der berufsorientierten Weiterbildung. Alles zusammen gerechnet, also Informatik, Sprachausbildung sowie Kurse für Rhetorik, Stressbewältigung und vieles andere, erzielte die Schule im vergangenen Jahr Kurseinnahmen von 12,6 Millionen Franken. Dem gegenüber stehen Lohnausgaben in Höhe von 21,9 Millionen Franken. Die Benützung der vorhandenen Infrastruktur ist gar nicht mit

eingerechnet. Die klaffende Lücke wird von der Kantonskasse getragen. Dabei existiert längst eine Empfehlung, nach der die Schulen angewiesen sind, wenigstens einen DBI zu erreichen, einen Deckungsbeitrag also, der zumindest die Löhne und Honorare hereinspielt. Bei 9 von 16 kantonalen Schulen hiesse dies, dass sie die Kursgelder um 40 bis 170 Prozent erhöhen müssten, vier Schulen müssten die Preise um 10 bis 30 Prozent anheben. Die Verzerrung tritt noch deutlicher vor Augen, wenn man sich vergegenwärtigt, dass zum Beispiel bei der Wiss die Lehrergehälter nur ein Drittel der Ausgaben betragen, zwei Drittel der Kosten jedoch auf Miete, Lehrmittel, Marketing und Werbung sowie Overhead entfallen. Budget-Brocken, um die sich die öffentlichen Anbieter überhaupt nicht zu kümmern brauchen, da die Infrastruktur ja gegeben ist.

Mit diesen Dumpingpreisen setzen die kantonalen Einrichtungen die privaten Bildungsanbieter, die aufgrund der Dauerkrise im ICT-Bereich ohnehin seit Jahren schwer gebeutelt sind, zusätzlich unter Druck. Der Chef des Mittel- und Berufsbildungsamtes des Kantons Zürich, Erich Leumann, ist sich der

Problematik bewusst. Die öffentlichen Anbieter bewegen sich in einer Schere zwischen marktverzerrenden Angeboten und dem Auftrag, auch minderbemittelten Menschen Weiterbildung zukommen zu lassen. Wie Leumann gegenüber Computerworld betonte, nehme man die Klagen der privaten Schulen aber ernst. Obwohl für die Exekution des neuen Berufsbildungsgesetzes eine Übergangsfrist bis 2008 bestehe, beginne man in Zürich bereits im Januar 2006 mit der politischen Diskussion über die Unterstützung der kantonalen Einrichtungen und etwaigen Leistungsaufträgen an Private. Wie weit aber der Service Public letztlich reiche, entscheide die Politik und nicht die Privatschulen. In Zürich werde jedenfalls bereits am 1.1. 2007 ein Gesetz in Kraft treten, wonach die privaten Schulen gegenüber den öffentlichen eine Gleichbehandlung erfahren sollen. So mancher private Anbieter wird davon aber nicht mehr profitieren, denn nach Ansicht von Insidern wie Digicom-Academy-Sprecher Roger Kobel oder Wiss-Geschäftsführer Jean-Pierre Kousz dürften einige von ihnen – vor allem kleinere – das nächste Jahr nicht überstehen.